

OA-Update / 4, 16. November 2022

Osteuropa



Der Themenkatalog der sechs Länder des Arbeitskreises Osteuropa konzentriert sich weiterhin auf die wirtschaftlichen Auswirkungen des Kriegs in der Ukraine. Dabei variieren die Auswirkungen und Folgen von Land zu Land. Insbesondere in der Ukraine kommt es jetzt auf schnelle Unterstützung im Bereich Energieversorgung an. Mit Blick auf

die Dauer des gesamten Wiederaufbaus gehen Experten von mindestens zehn Jahren aus. Die ukrainische Regierung setzt dabei auf die Hilfe internationaler Partner und auf die Verwendung russischer Vermögenswerte im Ausland. Die Republik Moldau ist weiterhin mit hohen Preisen für Lebensmittel und Energie konfrontiert, was zu innenpolitischen Spannungen führt. Georgien profitiert von der gegenwärtigen Situation durch Zuwanderer aus Russland und den gleichzeitigen Zustrom von Investitionen. Armenien und Aserbaidtschan führen ihre Verhandlungen zur Beilegung des Konflikts in Berg-Karabach fort. Dieser Kurs wird insbesondere in Armenien aber kontrovers diskutiert. Auf Grund der Rolle von Belarus im Rahmen des russischen Kriegs gegen die Ukraine gelten weiterhin scharfe EU-Sanktionen, die zu einem Einbruch des deutschen Handels mit dem Land um knapp ein Drittel beigetragen haben.

Hier alle Themen in der Übersicht:

- **Wirtschaftspolitik**
- **Konjunktur**
- **Projekte**
- **Veranstaltungsnachlese**
- **Termine**
- **Tipps & Links**
- **Kontakt**

Ukraine

Auf Initiative des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft haben 50 Expertinnen und Experten von deutschen Unternehmen, Ost-Ausschuss-Trägerverbänden, der Deutsch-Ukrainischen Industrie- und Handelskammer und weiteren Partnerorganisationen ein Dossier mit detaillierten Vorschlägen und Angeboten der deutschen Wirtschaft zum wirtschaftlichen Wiederaufbau der Ukraine erarbeitet. Das Dossier mit dem Titel „Rebuild Ukraine. Proposals of the German business community for the reconstruction and modernization of the Ukrainian economy“ fasst auf rund 20 Seiten die Ergebnisse von sieben Arbeitsgruppen zusammen: [2022-10-12 PM Ukraine Dossier Recovery Ukraine.pdf \(ost-ausschuss.de\)](#).

Im Zentrum der [5. Deutsch-Ukrainischen Wirtschaftskonferenz am 24. Oktober 2022](#) stand ebenfalls das Thema Wiederaufbau. Die Konferenz, getragen durch den Ost-Ausschuss, den DIHK und die Deutsch-Ukrainische Industrie- und Handelskammer, wurde durch Bundeskanzler Olaf Scholz und den ukrainischen Premierminister Denys Schmyhal eröffnet. Die Organisatoren begrüßten rund 350 Teilnehmer physisch, dazu weitere Gäste online. Unter den zahlreichen hochrangigen Regierungs- und Unternehmensvertretern waren auch Wirtschaftsminister und Vize-Kanzler Robert Habeck und seine ukrainische Amtskollegin Julia Swyrydenko. Auch Bundesentwicklungshilfeministerin Svenja Schulze beteiligte sich an den Diskussionsrunden. Inhaltlich standen die Themen Bauen, Agrarwirtschaft, Logistik, Digitalisierung und Energie im Zentrum des Forums.

Die ukrainische Wirtschaft funktioniert seit dem 24. Februar unter Kriegsbedingungen. Zuletzt wurden fünf strategisch wichtige ukrainische Unternehmen aus dem Energiebereich und dem Flugzeugbau verstaatlicht. Es handelt sich um den Motorenbauer Motor Sitsch, den Öl- und Gaskonzern Ukrnafta, das Ö raffinerieunternehmen Ukratnafta sowie um den Transformatoren-Hersteller Saporischtransformator und den Nutzfahrzeug-Hersteller AwtoKrAS.

Das Getreideabkommen, ausgehandelt zwischen der Ukraine und Russland unter türkischer Vermittlung, läuft noch bis zum 19. November 2022. Eine automatische Verlängerung scheint nicht möglich. Bisher funktioniert das Abkommen. Regelmäßig verlassen Schiffe mit Getreideladungen ukrainische Häfen. Diese werden in Istanbul von den beteiligten Parteien geprüft. Bis zum 24. Oktober 2022 passierten nach Angaben des Koordinierungszentrums in Istanbul 383 Schiffe mit 8,6 Millionen Tonnen Getreide und anderen Lebensmitteln aus Richtung Ukraine den Bosphorus.

Die andauernden Kriegshandlungen und deren Folgen wirken sich strukturell auf die ukrainische Wirtschaft aus. Die Produktion von Stahl und Getreide ist stark zurückgegangen. Durch Militärdienst und Fluchtbewegung sinkt die Zahl der zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte. Zudem sind, abgesehen von Getreide, Exporte über die Seehäfen weiterhin nicht möglich. Mit Blick auf die Energieerzeugung steht rund 90 Prozent der installierten Wind- und Solarkapazität auf Gebieten, die nicht mehr von der Ukraine

kontrolliert werden. Da Russland weiterhin die Energieerzeugungskapazitäten der Ukraine angreift, kommt es inzwischen zu gezielten Abschaltungen der Elektrizitätsversorgung. Die internationale Gemeinschaft unterstützt vor diesem Hintergrund den ukrainischen Haushalt. Pro Monat sind dafür zwischen 3,5 bis fünf Milliarden US-Dollar notwendig. Um akute Schäden an der Infrastruktur zu beheben, hat der ukrainische Präsident im Rahmen der in Berlin durchgeführten Wiederaufbaukonferenz von G7 und EU am 25. Oktober 2022 eine Summe von 18 Milliarden US-Dollar genannt. Die Europäische Union diskutiert aktuell gemeinsam mit ihren Mitgliedern, wie diese Summe aufgebracht werden kann. In der Diskussion hat sich Ungarn bereits gegen die Finanzierung dieser Ausgaben ausgesprochen.

Während der Berliner Wiederaufbaukonferenz wurde die Diskussion über die Strukturierung eines Wiederaufbauplans für die Ukraine begonnen. Im Kern geht es hier um die Frage, welche Prozesse und Strukturen etabliert werden sollen, um ein möglichst hohes Maß an Vertrauen entwickeln zu können. Eine Diskussion zur Bereitstellung und Ausschüttung von Mitteln hat hingegen noch nicht stattgefunden.

Experten der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung prognostizieren für die Ukraine ein Wachstum der Wirtschaftsleistung für 2024 in kontinuierlicher Abhängigkeit zur Dynamik der Kampfhandlungen sowie der Installation einer internationalen Agentur (GMF) zur Implementierung einer Art Marshall Plan. Kurzfristig unterstützen könnte die Agentur bei der Verlagerung von Industrieproduktionen aus den Kampfgebieten in den Westen der Ukraine sowie bei der Verlagerung von Forschungs- und Entwicklungsabteilungen großer Unternehmen ins Ausland. Weiterhin stellt die Wiederherstellung von Wohnraum in den besonders stark zerstörten Gebieten wie Charkiw, Mariupol, Tschernihik oder Kramatorsk nach Kriegsende eine große Herausforderung dar. Gleichzeitig steht beim Wiederaufbau eine bessere infrastrukturelle Anbindung an West- und Mitteleuropa im Vordergrund. Dabei spielt der Ausbau von Schienen- und Straßenverbindungen eine signifikante Rolle.

Für einen schnellen wirtschaftlichen Aufschwung nach dem Krieg und ein Aufschließen zu westlichen Industrienationen konzentriert sich das ukrainische Wirtschaftsministerium darauf, das Geschäftsleben zu liberalisieren. Aus diesem Grund wird die Privatisierung vorangetrieben.

Belarus

Die Führung des Landes steht im Krieg gegen die Ukraine fest an der Seite von Russland. Vor diesem Hintergrund gelten personenbezogene und sektorale Wirtschaftssanktionen gegen Belarus, die sich negativ auf das Wirtschaftswachstum und den Handel mit der Europäischen Union und Deutschland auswirken. So ist der bilaterale Handel mit Deutschland von Januar bis Juli 2022 im Vergleich zum Vorjahr um über 30 Prozent eingebrochen.

Den größten Einfluss haben die Sanktionen im Bau-, Transport- und Logistiksektor. Das Zusammenspiel der westlichen Sanktionen führt auch zu Schwierigkeiten in nicht-sanktionierten Sektoren. Die angesprochenen Logistikprobleme führen zu wegbrechenden Absatzmärkten und verstärken die Abhängigkeiten von Russland. Besonders die Ausfuhr

von Erdölderivaten, Holz, Chemikalien und Maschinen ist stark beeinträchtigt. Auch im Bankensektor machen sich die Sanktionen deutlich bemerkbar. Der SWIFT-Ausschluss der größten Banken des Landes und das Verbot von Geschäften mit der Nationalbank von Belarus sowie eine Begrenzung der Finanzströme aus Belarus in die EU verstärken die wirtschaftlichen Herausforderungen.

Moldau

Die Regierung der Republik Moldau ist weiterhin mit einem drastischen Preisanstieg für Lebensmittel und Energie konfrontiert. Im August 2022 lag die Inflationsrate bei 34,3 Prozent. Die wirtschaftlich angespannte Situation sowie das geopolitische Umfeld führen zu vermehrter Unsicherheit im Land und zu Demonstrationen. Internationale Geber sind bemüht mit Budgethilfen und anderen Hilfsprogrammen die Situation abzumildern. Die Aktivitäten werden im Rahmen der Moldova Support Group koordiniert.

Im Juni 2022 wurde der Republik Moldau der EU-Kandidatenstatus gewährt und ein entsprechender Antrag des Landes positiv beschieden. Mit diesem Schritt kann Moldau nun an europäischen Programmen und Vorbeitrittshilfen partizipieren. Experten erwarten jedoch keinen schnellen Abschluss des Beitrittsprozesses.

Die Energieabhängigkeit bleibt das dominierende Thema des Landes. Die Republik Moldau bezieht nahezu den gesamten Gasbedarf aus Russland. Die Vertragsbeziehungen und die Höhe des Gaspreises, den die russische Gazprom aufruft, bleiben daher ein stetiger Unsicherheitsfaktor. Vor diesem Hintergrund forciert die moldauische Regierung auch den Ausbau der Lieferbeziehungen unter anderem zu Rumänien.

Georgien

Die Europäische Union hat Georgien, im Gegensatz zur Ukraine und Moldau, im Juni 2022 noch nicht den Status eines EU-Beitrittskandidaten verliehen. Insbesondere in zwölf politischen Feldern sah Brüssel noch Verbesserungsbedarf, darunter eine politische Entpolarisierung des Landes. Diese hatte im Frühjahr 2022 unter anderem zu einem Parlamentsboykott geführt. Andere Fortschritte erwartet die EU beispielsweise in den Bereichen Unabhängigkeit der Justiz und Pressefreiheit. Die georgische Regierung hat Verbesserungen bis zum Ende des Jahrs 2022 zugesagt. Mehr als 80 Prozent der georgischen Bevölkerung sprechen sich in Umfragen für einen EU-Beitritt des Landes aus.

Der derzeitige starke Zuzug russischer und belarussischer Migranten beschert Georgien ein stabiles Wirtschaftswachstum und neue Investitionen. Mehrere zehntausend Russen und Belarussen sind seit dem Frühjahr in das Land gekommen und sorgen gleichzeitig für einen Kapitalzufluss. Neben gestiegenen Investitionsausgaben führt dies aber auch zu Preissteigerungen bei Lebensmitteln und Wohnraum, was die innenpolitischen Spannungen verstärkt.

Armenien

Der wirtschaftliche Aufschwung in Armenien nach überstandenen Covid-19 Schocks hat sich im Jahr 2022 beschleunigt. Grund dafür ist der signifikante Zustrom von Migranten und Touristen aus Russland. Dies kurbelte die Nachfrage nach Produkten und Dienstleistungen an. Kapitalzuflüsse erleichterten die Finanzierung des wachsenden Handelsdefizit. Vor allem der Dienstleistungs- und Tourismussektor, die Bauwirtschaft und der Groß- und Einzelhandel gelten als armenische Schlüsselbranchen.

Der weiterhin ungelöste regionale Konflikt mit Aserbaidschan um Berg-Karabach sorgt für Instabilität. Die Regierungen Armeniens und Aserbaidschans haben in den vergangenen Monaten diverse Formate für Verhandlungen genutzt, um den Status der Region und ihr gegenseitiges Verhältnis zu regeln. Dies hat insbesondere in Armenien zu Protesten gegen die Regierung von Premierminister Nikol Pashinyan geführt.

Aserbaidschan

Im Zuge des russischen Kriegs gegen die Ukraine hat Aserbaidschan insbesondere als Energielieferant für die Europäische Union an Bedeutung gewonnen. Am 18. Juli 2022 unterzeichneten EU-Kommissionpräsidentin Ursula von der Leyen und der aserbaidshanische Präsident Ilham Aliyev ein Abkommen zum Ausbau der Gaspartnerschaft mit Aserbaidschan.

Gleichzeitig gewinnt Aserbaidschan an Bedeutung als Logistikstandort zwischen Kaspischem und Schwarzem Meer. Ursache dafür ist das unsicherere Umfeld in Russland vor dem Hintergrund des Kriegs gegen die Ukraine. Der Hafen von Baku ist dabei ein wichtiges Bindeglied des intermodalen Transitverkehrs zwischen Asien und Europa. Neben den Häfen müssen dabei auch die Bahnverbindungen vom Kaspischen Meer Richtung Georgien und Türkei erweitert und ertüchtigt werden.

Konjunktur

Handelsentwicklung Januar bis September 2022

Der deutsche Handel mit den 29 Staaten Mittel- und Osteuropa (MOE) stieg in den ersten drei Quartalen 2022 gegenüber dem Vorjahr wertmäßig um 14,3 Prozent auf fast 421 Milliarden Euro. Das ist ein neuer Höchstwert, zu dem allerdings auch die deutlich gestiegenen Ex- und Importpreise beitrugen. Die höheren Preise für Energie, Rohstoffe und Vorprodukte machen sich vor allem bei den Importen aus der Region bemerkbar, deren Wert um gut 35 Milliarden auf 216 Milliarden Euro (+19,6 Prozent) zulegte. Der Wert der deutschen Lieferungen nach MOE kletterten im Zeitraum Januar bis September 2022 um 17 Milliarden auf 205 Milliarden Euro (+9,2 Prozent).

Der deutsche Handel mit der Ukraine zeigt sich angesichts der Kriegsauswirkungen erstaunlich stabil. In den ersten neun Monaten 2022 betrug das Minus im Warenaustausch

weniger als zehn Prozent, bei den Importen aus der Ukraine sogar unter drei Prozent. Es gibt eine große Bereitschaft unter den deutschen Unternehmen, den Wiederaufbau des Landes zu unterstützen. Der Ost-Ausschuss koordiniert dieses Engagement über seinen Service Desk Ukraine und setzt sich für eine frühzeitige, intensive Einbindung der Privatwirtschaft in Wiederaufbaukonzepte ein.

Die Entflechtung der deutschen und russischen Wirtschaft beschleunigte sich. Die deutschen Exporte nach Russland sind bereits seit Februar als Auswirkung des Krieges im Sinkflug. Diese gingen in den ersten neun Monaten 2022 um 41 Prozent zurück, im Monat September lag das Minus sogar bei 53 Prozent. Bei den Importen aus Russland war dagegen in den ersten Monaten aufgrund der Preissteigerungen im Rohstoffsektor ein deutlicher Anstieg zu beobachten. Dieser Trend wurde im August gebrochen, seitdem sinken die Importe ebenfalls wertmäßig. Im September lag das Minus bei fast 40 Prozent.

Vom Bedeutungsverlust Russlands profitieren Länder in unmittelbarer Nähe zum russischen Markt, die sich erfolgreich als alternative Wirtschaftsstandorte und Rohstofflieferanten positionieren. So hat der deutsche Außenhandel mit Kasachstan, Usbekistan, Armenien und Aserbaidschan seit Beginn des russischen Krieges gegen die Ukraine massiv zugelegt.

Die jeweils aktuellen Handelszahlen finden Sie hier: [Statistik | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

Ukraine:

Nach Angaben der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD), verschlechterte sich das ukrainische Bruttoinlandsprodukt im ersten Quartal 2022 um 15,1 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Die anhaltenden Kämpfe im darauffolgenden Quartal verursachten eine Senkung des Bruttoinlandsprodukts um 37,2 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Des Weiteren trieben Versorgungsunterbrechungen sowie ein rasant wachsendes Haushaltsdefizit im August die Inflation auf 23,8 Prozent.

Mit Blick auf den Kriegsbeginn sorgten fiskalpolitische Instrumente in Kombination mit einem Mangel an Außenfinanzierungen dafür, dass die Währungsreserven bis Juni 2022 um 20 Prozent abnahmen, erklärte die EBRD weiter. Daraus resultierte eine Anhebung des Leitzinses von 10 auf 25 Prozent durch die Zentralbank im Juni sowie eine einmalige Abwertung der Währung um 20 Prozent im Juli 2022. Weiterhin erwarten die Experten eine leicht positive Entwicklung in der Wirtschaftsleistung durch die Wiederaufnahme von Getreideexporten aus bestimmten Häfen in Verbindung mit einem Wiederaufbauplan durch Auslandsfinanzierungen. Gleichwohl rechnet die EBRD mit einem Rückgang des Wirtschaftswachstums um 33,4 Prozent im Gesamtjahr 2022, nach einem Wachstum von 3,4 Prozent im Jahr 2021.

Belarus

Das German-Economic-Team (GET) prognostiziert einen Rückgang des Bruttoinlandsproduktes um 6,2 Prozent für das Jahr 2022. Besonders starke Einbrüche sind im verarbeitenden Gewerbe (7,5 Prozent), Landwirtschaft (8,1 Prozent), Handel (9,3 Prozent), Baugewerbe (12,7 Prozent) und Verkehrssektor (16 Prozent) zu erwarten. Mit Blick auf die Entwicklung der Inflation ist zu erkennen, dass die Inflation deutlich über dem Zielwert der Nationalbank (fünf Prozent) liegt.

Die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) veröffentlichte in ihrem Regional Economic Prospect eine Inflationserwartung von 17,9 Prozent für 2022. Des Weiteren wird das Haushaltsdefizit auf 4,4 Prozent des BIP im Jahr 2022 geschätzt, die Staatsverschuldung könnte auf 51 Prozent des BIP steigen.

Der gesamte Warenverkehr zwischen Deutschland und Belarus sank von Januar bis September um 25 Prozent auf 1,27 Milliarden Euro. Die deutschen Ausfuhren gingen demnach um 16 Prozent zurück, die deutschen Einfuhren um rund 40 Prozent.

Moldau

Die Republik Moldau verzeichnet in der ersten Hälfte des Jahres 2022 einen Stillstand des Wirtschaftswachstums. Ursachen dafür sind hohe Energiepreise, Stagnation des privaten Verbrauchs und eine abnehmende Investitionstätigkeit.

Das German-Economic-Team (GET) erwartet einen Rückgang des BIP um 0,4 Prozent für 2022 mit erheblichen Abwärtsrisiken. Mit Blick auf die Inflation verzeichnete das GET eine Inflationsrate von 33,6 Prozent im Juli 2022.

Mit Blick auf den Warenverkehr zwischen der Republik Moldau und Deutschland ist in den ersten neun Monaten ein Anstieg von 16 Prozent zu verzeichnen. Das gesamte Handelsvolumen verbesserte sich von Januar bis September auf 616 Millionen Euro (2021: 530 Millionen). Mit Blick auf deutsche Exporte ist ein signifikanter Zuwachs von 20 Prozent zu verbuchen. Weiterhin verbesserten sich die Einfuhren ebenfalls um neun Prozent.

Georgien

Mit Blick auf deutsche Exporte nach Georgien ist ein Anstieg von 42 Prozent von Januar bis September 2022 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum sichtbar. Das Volumen der Exporte stieg auf 390 Millionen Euro im Jahresabschnitt Januar bis September 2022 (270 Millionen 2021). Weiterhin verzeichnen georgische Importe ebenfalls einen signifikanten Zuwachs im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Hier wuchs das Volumen um 15 Prozent auf 71 Millionen Euro. Der gesamte Warenverkehr verbesserte sich um 37 Prozent und stieg somit auf 460 Millionen Euro im Jahresabschnitt Januar bis September 2022 (334 Millionen Januar bis September 2021).

Experten der Europäischen Bank für Wiederaufbau (EBRD) erwarten ein Wirtschaftswachstum für das Jahr 2022 von acht Prozent und von fünf Prozent im Jahr 2023.

Armenien:

Die armenische Wirtschaft verzeichnet eine solide Erholung nach der Covid-19 Pandemie im Jahr 2021. Des Weiteren hat in der Periode Januar bis Juli 2022 das Wirtschaftswachstum 13,1 Prozent erreicht. Der Zustrom von Menschen und Unternehmen aus Russland intensivierte die Nachfrage inländische Dienstleistungen. So stieg zum einen der Nettozufluss an Geldtransfers im Zeitraum Januar bis Juli 2022 um 113 Prozent im Vergleich zum Vorjahresabschnitt. Die Importe nahmen um 50,1 Prozent und die Exporte um 43,9 Prozent im Vergleich zum Vorjahr zu.

Experten der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) prognostizieren ein robustes Wirtschaftswachstum von acht Prozent für das Jahr 2022 und in Höhe von vier Prozent im Jahr 2023.

Deutschlands Handel mit Armenien verbuchte in den ersten neun Monaten 2022 ebenfalls bedeutende Anstiege. Allein deutsche Ausfuhren nach Armenien konnten um 135 Prozent im Vergleich zum Vorjahresabschnitt verbessert werden. Deutsche Einfuhren verzeichnen ebenfalls einen starken Zuwachs von 30 Prozent. Allgemein verbesserte sich das Volumen des gesamten Warenverkehrs um 93 Prozent auf 397 Millionen Euro.

Aserbaidshan:

Das Wirtschaftswachstum in Aserbaidshan wurde in den ersten sieben Monaten des Jahres 2022 von starken Leistungen außerhalb des Energiesektors geprägt. In diesen Monaten verbuchte man ein Wirtschaftswachstum von 6,2 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Der Nichtenergiesektor verbesserte die Produktion um 9,9 Prozent, während gleichzeitig der Kohlenwasserstoffsektor um 0,4 Prozent zurückging und die Gasproduktion um 15,3 Prozent anstieg. Durch die steigenden Preise für Kohlenwasserstoffe verdoppelten sich die Exporteinnahmen und es entstand ein Leistungsbilanz- und Haushaltsüberschuss. Experten der EBRD erwarten für 2022 ein Wirtschaftswachstum von 4,5 Prozent. Weiterhin prognostiziert man für 2023 eine Abschwächung des Wirtschaftswachstums auf 2,5 Prozent.

Mit Blick auf den deutschen Handel mit Aserbaidshan ist ein extremer Anstieg sichtbar. Das Volumen des gesamten Warenverkehrs verbesserte sich im ersten Halbjahr 2022 um 206,4 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Deutsche Exporte stiegen um 34,7 Prozent auf 223 Millionen Euro (165 Millionen Euro Januar bis Juli 2021). Gleichzeitig gab es einen signifikanten Anstieg der Importe. Hier steigerte man das Volumen um 319,4 Prozent auf 1,1 Milliarden Euro (252 Millionen Euro Januar bis Juli 2021). Allgemein stieg der gesamte Warenverkehr auf 1,2 Milliarden Euro (418 Millionen Euro im Vergleich zum Vorjahr).

Mit Blick auf den deutschen Handel mit Aserbaidshan ist ein extremer Anstieg sichtbar. Das Volumen des gesamten Warenverkehrs verbesserte sich in den Monaten Januar bis September 2022 um 159,5 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Allgemein stieg der gesamte Warenverkehr auf 1,4 Milliarden Euro. Allein deutsche Einfuhren verbesserten sich in dieser Periode um signifikante 247,2 Prozent und übertrafen somit die 1,1 Milliarden Marke (327 Mio. Vorjahreszeitraum). Gleichzeitig verbesserten sich

deutsche Ausfuhren ebenfalls um starke 34,7 Prozent und vergrößerten das Volumen auf 310 Millionen Euro (230 Mio. Vorjahreszeitraum).

Projekte

Germany Trade and Invest (GTAI) veröffentlicht regelmäßig aktualisierte internationale **Ausschreibungen** für Beschaffung und Projekte auf seiner [Website](#).

Veranstaltungsnachlese

14.06.2022: Hamburg Business Lunch „Trends und Entwicklungen in der Intralogistik und die Bedeutung des Wirtschaftsraumes Osteuropa“

Unter der Leitung von Prof. Dr. Peer Witten, Mitglied des Präsidiums und Arbeitskreissprecher Logistik und Verkehrsinfrastruktur. Unser Präsenzformat in Hamburg bot nach einer langen Pandemiepause wieder die Gelegenheit, sich insbesondere über die Veränderungen bei Liefer- und Logistikketten in kleinem Rahmen auszutauschen. Einen ausführlicheren Bericht finden Sie hier: [Neustart des Hamburg Business Lunch | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

20.6.2022: Geschäftsreise: Energieerzeugung durch Erneuerbare Energien in Aserbaidschan

Die AHK Aserbaidschan organisiert zusammen mit der RENAC AG im Rahmen des Projekts Exportinitiative Energie des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz **die Reise „Energieerzeugung durch Erneuerbare Energien in Aserbaidschan“ vom 20. bis 24. Juni 2022**. Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft hat die Reise unterstützt und eine Reihe seiner Mitglieder mit nach Aserbaidschan gebracht. Innerhalb der viertägigen Geschäftsreise erhielten deutsche Firmen und aserbaidische Schlüsselakteure am 21. Juni 2022 die Möglichkeit, am Deutsch-Aserbaidschanischen Nachhaltigkeitsforum mit dem Schwerpunktthema „Erneuerbare Energien in Aserbaidschan“ teilzunehmen. Das Land ist immer noch stark vom Export von Öl und Gas abhängig, orientiert sich aber zwischenzeitlich auch auf die Entwicklung des Sektors der Erneuerbaren Energien.

30.06.2022: Webinar "Doing business in Ukraine under martial law: the legal snapshot"

Das Webinar wurde in Zusammenarbeit von Ost-Ausschuss und seinem Mitglied GOLAW Law Firm organisiert. Im Zentrum standen aktuelle rechtliche Entwicklung unter den Bedingungen des Kriegsrechtes in der Ukraine insbesondere bei den Themen Steuern, Zoll und bestimmten Inspektionsmoratorien. Den ausführlichen Veranstaltungsbericht finden Sie hier: [Doing business in Ukraine under martial law: the legal snapshot \(golaw.ua\)](#)

15.08.2022: „Workshop Recovery Ukraine“ / kick off

Am 4. und 5. Juli 2022 hat im schweizerischen Lugano die Ukraine Recovery Conference stattgefunden. Im Rahmen des internationalen Treffens hat die Ukraine ihren nationalen Wiederaufbauplan vorgestellt, der inhaltlich mit den Ergebnissen von 24 Arbeitsgruppen ergänzt wurde, die mittelfristige Entwicklungspläne für verschiedene Bereiche in Wirtschaft und Gesellschaft erstellt haben. **Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft hat vor diesem Hintergrund gemeinsam mit seinen Mitgliedern, Trägerverbänden und weiteren interessierten wirtschaftsnahen Akteuren und Verbänden eine Arbeitsgruppe initiiert, die entlang des ukrainischen Wiederaufbauplans branchen- und industrieübergreifend Lösungen und Projekte erarbeitet hat.** Das Papier „Rebuild Ukraine“ finden Sie hier: [2022-10-12 PM Ukraine Dossier Recovery Ukraine.pdf \(ost-ausschuss.de\)](#)

28.09.2022: Roundtable mit Vertretern der Freien Wirtschaftszone Alat (Aserbaidshan)

Ende September hat sich **eine Delegation der Freien Wirtschaftszone Alat (Aserbaidshan)** in Berlin aufgehalten. Im Rahmen eines Roundtables, den die Botschaft von Aserbaidshan organisiert und den der Ost-Ausschuss unterstützt hat, informierte die Geschäftsführung der Zone über die strategische Entwicklung und Kooperationsmöglichkeiten. Die Präsentation kann beim Ost-Ausschuss erfragt werden.

03.10.2022: Delegationsreise nach Armenien und Georgien

Eine zwölköpfige Wirtschaftsdelegation unter der Leitung von Veridos-Vertriebschef Thomas Morian besuchte vom 3. bis 5. Oktober die georgische Hauptstadt Tiflis. Morian vertrat den Länderkreissprecher Südkaukasus im Ost-Ausschuss, Marc-Julian Siewert (CEO, Veridos GmbH). Die Delegation spiegelte die vielfältige Interessenlage der deutschen Wirtschaft in Georgien wider und setzte sich aus Unternehmen aus Agrar- und IT-Sektor, Bildungswesen und Anlagenbau zusammen. Auf dem dichtgedrängten Programm standen Gespräche im Ministerium für Wirtschaft und nachhaltige Entwicklung, im Außen- und Landwirtschaftsministerium, in der IT-Agentur des Wirtschaftsministeriums, in der Handelskammer und dem Verband der deutschen Wirtschaft in Georgien. Zudem traf die Delegation mit vor Ort engagierten deutschen sowie georgischen Unternehmen zusammen. Den vollständigen Bericht finden Sie hier: [Schnittstelle am "Mittleren Korridor" | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

24. Oktober 2022: 5. Deutsch-Ukrainisches Wirtschaftsforum

Bundeskanzler Olaf Scholz und der ukrainische Premierminister Denys Schmyhal eröffneten am 24. Oktober 2022 das 5. Deutsch-Ukrainische Wirtschaftsforum in Berlin. An den anschließenden Panel-Diskussionen nahmen unter anderem Vizekanzler Robert Habeck, die ukrainische Vize-Premierministerin Yulia Svyrydenko, Bundesentwicklungsministerin Svenja Schulze sowie weitere Regierungsmitglieder und Unternehmensvertreter aus der Ukraine und Deutschland teil. Im Zentrum der

Veranstaltung standen Pläne und Projekte zum Wiederaufbau des kriegszerstörten Landes. Der große Andrang bei der Konferenz, die zudem per Livestream übertragen wurde, zeigte das breite Interesse der deutschen Wirtschaft, sich beim Wiederaufbau zu engagieren. Es war die erste derartige Konferenz in Deutschland seit Kriegsbeginn und gleichzeitig die bislang hochkarätigste Veranstaltung dieser Art. Organisiert wurde sie wie in den vergangenen Jahren vom Deutschen Industrie- und Handelskammertag (DIHK), dem Ost-Ausschuss (OA), der Deutsch-Ukrainischen Industrie- und Handelskammer (AHK Ukraine) sowie vom Ministerkabinett der Ukraine, der Botschaft der Ukraine in Deutschland und von UkrainInvest. Einen ausführlichen Bericht finden Sie hier: [Klare Botschaft für den Wiederaufbau | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

Projekte

24. November 2022: Konferenz „Bewegte Zeiten: Auswirkungen des Ukraine-Krieges auf Lieferketten und Logistik - Rückblick und Vorschau“, Hamburg; [Konferenz "Bewegte Zeiten: Auswirkungen des Ukraine-Krieges auf Lieferketten und Logistik - Rückblick und Vorschau" | Hamburg | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

30. November 2022: Länderarbeitskreis Belarus (online; Für Mitglieder; Einladung folgt)

1. Dezember 2022: Wirtschaftspanel im Rahmen des Minsk Forums 2022, Berlin; [dbg e.V. - Minsk Forum XX \(dbg-online.org\)](#)

8. Dezember 2022: Deutsch-Ukrainischer Energietag; Ost-Ausschuss als Partner im Rahmen der Deutsch-Ukrainischen Energiepartnerschaft (Link/Kontakt)

Tipps & Links

Aufgrund der fortgesetzten Zerstörung der (Energie)-Infrastruktur in der Ukraine bittet die ukrainische Regierung um Unterstützung durch die deutsche Wirtschaft. Alle Unternehmen, die sich an der Nothilfe und dem Wiederaufbau in der Ukraine beteiligen wollen, und/oder in entsprechenden Ost-Ausschuss-Arbeitsgruppen aktiv werden wollen, können sich an den Service Desk Ukraine im Ost-Ausschuss wenden. Der neue Service Desk gibt auch regelmäßig ein **Update Recovery Ukraine** heraus, das Sie kostenlos abonnieren können, um fortlaufend über Wiederaufbau-Entwicklungen informiert zu werden. Den Kontakt und weitere Informationen dazu finden Sie hier:

[Service Desk Ukraine | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

+++ Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss: Exklusive Zugänge zu Entscheidern und Informationen +++

Die Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft steht allen deutschen Unternehmen sowie ausländischen Unternehmen mit deutschen Töchtern offen. Als Mitglied profitieren Sie von unseren exklusiven Zugängen zu den Regierungen in 29 Partnerländern Mittel- und Osteuropas. Sie können zwischen 13 Arbeitskreisen zu Ländern und Branchen und rund 150 Fachveranstaltungen im Jahr wählen und erhalten exklusive Informationspakete. Wir unterstützen Sie aktiv bei der Umsetzung Ihrer Projekte, bringen Ihre Fragen in bilateralen Regierungsarbeitsgruppen ein und nehmen Sie mit auf Delegationsreisen in unsere Region. Eine Mitgliedschaft ist günstiger als Sie vermuten und zahlt sich direkt aus. Werden Sie Teil eines starken Netzwerkes in der größten und ältesten Regionalinitiative der deutschen Wirtschaft!

Weitere Informationen zu den Konditionen einer Mitgliedschaft finden Sie hier. Für alle Ihre Fragen wenden Sie sich gerne an: **Anke Zimdars**, A.Zimdars@oa-ev.de,
Tel.: +49 30 206 167 119.

Weitere **Informationen** zur Arbeit des OA und zu anderen Regionen in Mittel- und Osteuropa finden Sie auf unserer [Website](#), auf [Facebook](#), [Linkedin](#), [Xing](#) und bei [Twitter](#).

Kontakt

Bei Fragen und Anregungen zu diesem Update und zur Region Osteuropa (Armenien, Aserbaidschan, Belarus, Georgien, Ukraine, Republik Moldau) wenden Sie sich gerne an:



Stefan Kägebein

Regionaldirektor Osteuropa

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.

Telefon: +49 30 206167-113

Mobil: +49 170 796 10 81

E-Mail: s.kaegebein@oa-ev.de



Alena Akulich

Referentin

Service Desk Ukraine

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.

T. +49 30 206167-129

Email: A.Akulich@oa-ev.de



Sarah Guhde

Assistentin Regionaldirektion Osteuropa

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.

Telefon: +49 30 206167-125

E-Mail: S.Guhde@oa-ev.de

Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft vertritt die Interessen der deutschen Wirtschaft in 29 Ländern im östlichen Europa und Zentralasien. Er begleitet wichtige wirtschaftspolitische Entwicklungen in den bilateralen Beziehungen mit diesen Ländern und fördert Handel, Investitionen und Dienstleistungstransfers deutscher Unternehmen auf den Märkten der Region.

Disclaimer zum Haftungsausschluss:

Wir sind für den Inhalt von Webseiten, die über einen Hyperlink/elektronischen Querverweis erreicht werden, nicht verantwortlich. Wir machen uns die Inhalte dieser Internetseiten ausdrücklich nicht zu eigen und können deshalb für die inhaltliche Korrektheit, Vollständigkeit und Verfügbarkeit keine Gewähr leisten. Insbesondere für Schäden, die aus der Nutzung oder Nichtnutzung solcherart dargebotener Informationen entstehen, haftet allein der Anbieter der Seite, auf welche verwiesen wurde, nicht derjenige, der über Links auf die jeweilige Veröffentlichung lediglich verweist.

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V. Informieren ▪ Vernetzen ▪ Handeln!

Presse-Kontakt: Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.
Andreas Metz
Tel.: +49 (0)30 206167-120
E-Mail: A.Metz@oa-ev.de
Breite Straße 29
10178 Berlin
www.ost-ausschuss.de
Twitter: [@OstAusschuss](https://twitter.com/OstAusschuss)